

Inhaltsübersicht

Einleitung	25
TEIL 1 Grundlagen	29
TEIL 2 Die grundsätzliche Berücksichtigungsfähigkeit von Fehlvorstellungen bei unilateraler Gewalt	125
TEIL 3 Die nähere Ausgestaltung der Berücksichtigung von Fehlvorstellungen bei unilateraler Gewalt	349
TEIL 4 Fehlvorstellungen im kollektiven Sicherheitssystem	413
Zusammenfassung und Schlussbemerkung	517
Summary	521
Literaturverzeichnis	527

Inhaltsverzeichnis

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis	19
Abkürzungen	21
Einleitung	25
TEIL 1 Grundlagen	29
1. Kapitel: Begriffe und Prämissen	29
I. Ausnahmen von Art. 2 (4) UNC	29
1. Anerkannte Ausnahmen: Art. 42 und 51 UNC	29
a) Die Existenz materiell-rechtlicher Grenzen in Art. 39 UNC	30
b) Negativer oder positiver Friedensbegriff	33
c) Anforderungen an das Störerverhalten	35
2. Antizipiertes Selbstverteidigungsrecht	37
3. (Unilaterale) humanitäre Intervention	41
4. Rettung von Staatsangehörigen	43
II. Der Begriff des Irrtumsrisikos	45
1. Irrtum	47
2. Fehlverdacht	47
3. Fehlprognose	49
4. Terminologisches	53
III. Herausbildung der relevanten Konstellationen	53
1. Faktoren bei unilateralen Gewaltanwendungen	54
a) Vermeidbarkeit des Irrtums	54
b) Hinreichende Wahrscheinlichkeit beim Fehlverdacht	55
c) Mitzuständigkeit des Opferstaates für die Fehlvorstellung	55
d) Die Fehlvorstellung über innere Tatsachen – ein Sonderfall?	56
e) Schlussfolgerung: Die zu untersuchenden Konstellationen	57
2. Faktoren bei Gewaltanwendungen im kollektiven Sicherheitssystem	58

IV. Bedeutung und Tragweite der Fragestellung	58
1. Unilaterale Gewaltanwendungen	58
a) Selbstverteidigungsrecht des Opferstaates	58
b) Beteiligung von Drittstaaten	59
c) Staatenverantwortlichkeit	61
2. Gewaltanwendungen im kollektiven Sicherheitssystem	63
2. Kapitel: Fehlvorstellungen in anderen Völkerrechtsgebieten	68
I. Fehlvorstellungen im ius in bello	68
II. Fehlvorstellungen im Recht der Menschenrechte	73
III. Fehlvorstellungen im Recht der Staatenverantwortlichkeit	78
IV. Fehlvorstellungen im Umwelt- und Gesundheitsvölkerrecht	83
V. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen	87
3. Kapitel: Eine methodische Besonderheit: Analogien zum Straf- und Polizeirecht	89
I. Ausgangspunkt: Das Verhältnis des nationalen Rechts zum Völkerrecht	92
II. Die vergleichende Methode im Völkerrecht	94
1. Berücksichtigung nationalen Rechts als allgemeinen Rechtsgrundsatz	95
2. Berücksichtigung bei der Entstehung von Völkergewohnheitsrecht	97
3. Berücksichtigung als normatives Auslegungskriterium der UNC	98
4. Die Analogie als eigene Rechtsquelle	99
4. Kapitel: Amts- und Notrechte im nationalen und im Friedenssicherungsrecht	100
I. Grundlagen der Unterscheidung im nationalen Recht	101
II. Relevanz für Fehlvorstellungen	106
III. Die kollektive Gewaltbefugnis als völkerrechtliches Amtsrecht	108
IV. Unilaterale Gewaltbefugnisse als völkerrechtliche Notrechte	112
1. Das Selbstverteidigungsrecht, Art. 51 UNC	112
a) Der Einwand der fehlenden gemeinsamen normativen Grundlage	113
b) Der Einwand der Unvergleichbarkeit mit strafrechtlichen Erlaubnissätzen	115
c) Der Einwand der Besonderheiten des ius contra bellum	118
2. Die humanitäre Intervention	121
3. Die Rettung eigener Staatsangehöriger	122

TEIL 2 Die grundsätzliche Berücksichtigungsfähigkeit von Fehlvorstellungen bei unilateraler Gewalt	125
5. Kapitel: Der Meinungsstand in der Literatur	125
I. Ex-post-Beurteilung	125
II. Objektive ex-ante-Beurteilung	128
III. Vollständig subjektive Beurteilung	131
6. Kapitel: Das Verhältnis von Charta- und Gewohnheitsrecht	133
I. Die Relevanz des vor 1945 geltenden Gewohnheitsrechts	133
II. Die Frage der Fortgeltung nach Inkrafttreten der Charta	135
1. Vorrang der Charta bei Unvereinbarkeit mit früherem Gewohnheitsrecht	135
2. Unvereinbarkeit der Charta mit früherem Gewohnheitsrecht	137
a) Verdrängung anderer Erlaubnissätze als das Selbstverteidigungsrecht	138
b) Fortbestand einiger Formen des individuellen Selbstverteidigungsrechts	139
III. Die Veränderung der Rechtslage durch spätere Praxis	140
1. Einfluss der späteren Praxis auf das speziellere Chartarecht	141
2. Einfluss der späteren Praxis auf das chartakongretisierende Gewohnheitsrecht	144
3. Gewichtungsregeln	144
7. Kapitel: Staatenpraxis	146
I. Zur Auswahl und Bewertung der Staatenpraxis	146
II. Staatenpraxis vor 1945	149
1. Vorfälle auf See	149
a) Der Marianna-Flora-Vorfall (1826)	149
b) Der Dogger-Bank-Vorfall (1904)	151
c) Die Durchsuchungen der Jessie, Thomas F. Bayard und Pescawha (1909)	153
2. Vorfälle an Land	154
a) Der Waima-Vorfall (1893)	154
b) Der Maziua-Vorfall (1914)	155
c) Der Kling-Vorfall (1921)	156
d) Der griechisch-bulgarische Grenzzwischenfall (1925)	156
e) Der Mukden-Vorfall (1931)	158
3. Völkerrechtliche Verträge	159
4. Zwischenergebnis	162

III. Staatenpraxis nach 1945	163
1. Fehlvorstellungen bei umfangreichen Gewalteinsetzungen	163
a) Der Sechstagekrieg (1967)	163
b) Der israelische Luftangriff auf den Osirak-Reaktor (1981)	170
c) Der Irakkrieg (2003)	171
d) Zwischenergebnis	175
2. Fehlvorstellungen bei geringfügigen Gewaltanwendungen	175
a) Prämissen für den Auslegungswert geringfügiger Gewaltanwendungen	175
aa) Geringfügige Gewaltanwendungen und Art. 2 (4) UNC	176
(1) Enthält Art. 2 (4) UNC eine allgemeine Erheblichkeitsschwelle?	176
(2) Abgrenzung von Gewalt und Polizeimaßnahmen	181
(3) Zwischenergebnis	186
bb) Geringfügige Gewaltanwendungen und Art. 51 UNC	186
b) Putativangriffe von Flugzeugen	188
aa) Abschuss von Cathay Pacific VR-HEU durch China (1954)	188
bb) Abschuss von El Al Flight 402 durch Bulgarien (1955)	189
cc) Abschuss von Libyan Arab Airlines Flight 114 durch Israel (1973)	192
dd) Abschuss von Korean Air Lines Flight 902 durch die Sowjetunion (1978)	194
ee) Abschuss von Korean Air Lines Flight 007 durch die Sowjetunion (1983)	196
ff) Abschuss von Iran Air Flight 655 durch die USA (1988)	200
gg) Abschuss von Malaysia Airlines Flight 17 über der Ukraine (2014)	205
hh) Abschuss von Ukraine International Airline Flight 752 durch den Iran (2020)	207
c) Putativangriffe von Schiffen	209
aa) Der Golf-von-Tonkin-Vorfall (1964)	209
bb) Der Angriff auf die USS Liberty (1967)	211
cc) Der Angriff auf die USS Stark (1987)	214

dd) Maritime Interception Operations	215
d) Gewaltanwendungen in der US-Iran-Krise 2019	218
e) Zwischenergebnis	222
3. Fehlvorstellungen bei der Abwehr von Terrorismus	223
a) Der Angriff auf die sudanesische Pharmafabrik Al-Schifa (1998)	224
b) Weitere Fälle vermuteter Verantwortlichkeit für ein Attentat	226
c) Das Abfangen eines libyschen Flugzeugs mit syrischen Offiziellen (1986)	230
d) Zwischenergebnis	230
4. Fehlvorstellungen bei Cyberangriffen	231
5. Abstrakte Äußerungen zu antizipierter Selbstverteidigung nach 9/11	235
a) Nationale Sicherheitsstrategien	236
b) Jüngere Stellungnahmen der USA, Großbritanniens und Australiens	238
6. Fehlvorstellungen bei der Rettung von Staatsangehörigen	239
a) Der Mayaguez-Vorfall (1975)	239
b) Die Operation Entebbe (1976)	242
c) Zwischenergebnis	245
7. Fehlvorstellungen bei der humanitären Intervention	245
8. Ergebnis zur Staatenpraxis	248
8. Kapitel: Fehlvorstellungen bei strafrechtlichen Notrechten	249
I. Die einzelnen Rechtsordnungen im Vergleich	250
1. Deutschland	250
2. Frankreich	255
3. USA	259
4. Vereinigtes Königreich	266
5. China	271
6. Russland	273
7. Völkerstrafrecht	276
8. Zwischenergebnis	281
II. Schlussfolgerungen für die Fragestellung	282

9. Kapitel: Lösungsansätze nach textorientierter Auslegung unter Berücksichtigung der IGH-Rechtsprechung und vorheriger Erkenntnisse	284
I. Volle Rechtfertigungslösung	287
1. Selbstverteidigung, Art. 51 UNC	287
a) Wortlaut	287
b) Systematik	290
c) Telos	292
d) Genetik	296
e) IGH-Rechtsprechung	298
f) Zwischenergebnis	301
2. Rettung von Staatsangehörigen	302
3. Humanitäre Intervention	303
II. Entschuldigungslösung	304
1. Bedeutung	304
2. Wortlaut, Systematik und Telos	307
III. Eingeschränkte Rechtfertigungslösung	311
1. Animus aggressionis beim Aggressionsverbot	312
2. Handlungsunrecht beim bewaffneten Angriff	316
3. Das subjektive Element bezüglich des „Tatbestands“ des Gewaltverbots	320
a) Das Gewaltverbot als Verhaltensnorm: Auslegung und Konsequenz	322
b) Weitere Indizien für ein Handlungsunrechtserfordernis	326
c) Art des verlangten Handlungsunrechts: Vorsatz oder Sorgfaltswidrigkeit?	329
4. Das subjektive Element bezüglich des Fehlens rechtfertigender Umstände	333
5. Der Sonderfall des hinreichend wahrscheinlichen Fehlverdachts	335
IV. Clean-Hands-Lösung	337
1. Geltung des Clean-Hands-Prinzips	339
2. Inhalt und Anwendung des Clean-Hands-Prinzips auf Fehlvorstellungen	342
V. Gesamtauslegungsergebnis	345

TEIL 3 Die nähere Ausgestaltung der Berücksichtigung von Fehlvorstellungen bei unilateraler Gewalt	349
10. Kapitel:Anforderungen an sorgfaltsgemäßes Handeln	349
I. Sorgfältige Ermittlung der Indizien	353
1. Die Pflicht zur Sachverhaltsaufklärung	353
2. Auswahl und Arten berücksichtigungsfähiger Indizien	356
II. Sorgfältige Indizienwürdigung	359
1. Grundlagen	359
2. Die Rationalität der staatlichen Überzeugungsbildung als Mindestanforderung	361
3. Abgrenzung von Erfahrungssätzen und Vorurteilen	365
III. Überschreitung der hinreichenden Wahrscheinlichkeitsschwelle	369
IV. Reichweite der Subjektivierung bei Indizienermittlung und -würdigung	383
11. Kapitel:Die Kontrolle der staatlichen Entscheidung	387
I. Beweis der Indizien	389
1. Beweislast	389
2. Beweismaß	391
II. Nachprüfung der Indizienwürdigung	394
III. Pflicht zur Offenlegung der Indizien und Geheimhaltungsinteressen	395
12. Kapitel:Relevanter Personenkreis	400
I. Grundlagen zur Wissens- und Verschuldenszurechnung	400
II. Die Relevanz des Entscheidungsträgers und weiterer Staatsorgane	402
III. Abgrenzung zwischen Entscheidungsträgern und anderen Organen	406
IV. Entscheidungen durch staatliche Kollektivorgane	408
V. Zwischenergebnis: Präzisierungen zum unilateralen Irrtumsrisiko	411
TEIL 4 Fehlvorstellungen im kollektiven Sicherheitssystem	413
13. Kapitel:Der Meinungsstand in der Literatur	413
14. Kapitel:Praxis der Staaten und UN-Organen	417
I. Frühe Debatten und Äußerungen über die Tatsachengrundlage	418
1. Die Spanische Frage (1946)	418

2. Das Arbeitspapier des Generalsekretärs zur UN-Palästina-Kommission (1948)	421
3. Der Korea-Konflikt (1950–1951)	422
4. Der Südrhodesien-Konflikt (1965–1966)	423
5. Zwischenergebnis	423
II. Vermutete Verantwortlichkeit für Terrorakte und Chemiewaffeneinsätze	424
1. Die Lockerbie-Resolutionen 731 und 748 (1992)	425
2. Die Mubarak-Resolutionen 1044 und 1054 (1996)	428
3. Die Resolution 1267 gegen die Taliban (1999)	431
4. Die Resolution 1530 nach den Anschlägen von Madrid (2004)	432
5. Die Hariri-Resolution 1636 (2005)	434
6. Der Chemiewaffeneinsatz in Syrien (2013–2020)	437
a) Der gescheiterte Resolutionsentwurf S/2017/172 (Februar 2017)	437
b) SR-Debatten zwischen Februar 2017 und Mai 2020	439
7. Zwischenergebnis	441
III. Vermuteter Massenvernichtungswaffenbesitz	442
1. Der Fall Irak (2003)	442
a) Resolution 1441 zum Irak und anschließende Debatten (2002–2003)	442
b) Reaktionen auf die Aufdeckung des Irrtums	445
2. Der Fall Iran (2006–2010)	448
IV. Gezielte Sanktionen gegen Individuen	450
V. Ergebnis zur Staatenpraxis	454
15. Kapitel: Internationale Rechtsprechung	454
I. Das Lockerbie-Verfahren	455
1. Die Beschlüsse und Sondervoten zum Erlass vorsorglicher Maßnahmen (1992)	455
2. Die Klageschrift und die Erwidernungen (1993–1995)	458
a) Die libysche Position	458
b) Die britische Position	461
c) Die amerikanische Position	461
3. Die Mehrheits- und Sondervoten zu den Preliminary Objections (1998)	462
4. Zusammenfassende Würdigung	465
II. Weitere Fälle	465
III. Zwischenergebnis	467

16. Kapitel:Fehlvorstellungen bei nationalen polizeirechtlichen Amtsrechten	467
I. Die einzelnen Rechtsordnungen im Vergleich	468
1. Deutschland	468
2. Frankreich	471
3. USA	473
4. Vereinigtes Königreich	475
5. China	477
6. Russland	478
7. Zwischenergebnis	479
II. Schlussfolgerungen	480
17. Kapitel:Textorientierte Auslegung unter Einbeziehung vorheriger Erkenntnisse	481
I. Die Irrelevanz der ex-post-Perspektive	482
II. Objektiv ex ante oder weitgehend subjektiv: der Einschätzungsspielraum des SR	484
1. Bezugspunkt des Einschätzungsspielraums	484
2. Materiell-rechtliche Grenzen des Einschätzungsspielraums	491
a) Willkürverbot	492
b) Verbot des Missbrauchs von Befugnissen	494
c) Der SR als Kollektivorgan	495
3. Zwischenergebnis: Die Bedeutung des Einschätzungsspielraumes für Fehlvorstellungen	496
III. Verfahrensrechtliche Anforderungen	496
1. Die Verzahnung prozessualer mit materiell-rechtlichen Anforderungen	496
2. Relevante Rechtsquellen	498
3. Relevante verfahrensrechtliche Anforderungen	500
a) Das Vetorecht, Art. 27 (3) UNC	500
b) Sorgfältige Sachverhaltsermittlung	502
c) Rechtliches Gehör des betroffenen Staates	504
d) „Unschuldsvermutung“?	509
e) Transparenz des Entscheidungsprozesses und Geheimhaltungsinteressen	510
f) Begründung der Entscheidung?	513
g) Zwischenergebnis	515
IV. Gesamtauslegungsergebnis	516

Zusammenfassung und Schlussbemerkung	517
Summary	521
Literaturverzeichnis	527